

Trumps Nahost-Friedensplan und das Schicksal der Zweistaatenlösung

Wolfram Wallraf

Der Friedensplan, den Präsident Trump am 28. Januar 2020 in Anwesenheit des sichtlich zufriedenen israelischen Premierministers Netanjahu präsentierte, ist sicher nicht der Königsweg zur Lösung für die Mutter aller Konflikte im Nahen Osten. Darauf hat Angelika Timm in ihrem Kommentar für die Märzausgabe von WeltTrends bereits hingewiesen.¹

Worin besteht die Substanz des Friedensplans? Ausdrücklich knüpft der Vorschlag an die Idee einer Zweistaatenlösung an, was mancherorts bereits als (einziger) positiver Ansatz gewürdigt wurde. Allerdings sind die Räume, die den Palästinenserstaat bilden sollen, durch eine Vielzahl von Straßen, Militärzonen, Schutzgebieten und Siedlungen voneinander getrennt, die unter israelischer Kontrolle stehen bzw. von Israel als Staatsgebiet beansprucht werden, inklusive des fruchtbaren und landwirtschaftlich wertvollen Jordantals. Die Zugänge zu Süß- und Salzwasser verbleiben im Wesentlichen unter israelischer Kontrolle. Ein normales Wirtschaftsleben und eine funktionierende Verwaltung sind auf diesem Flickenteppich nicht vorstellbar. Zudem sollen dem Staatsgebilde wesentliche Souveränitätsrechte vorenthalten bleiben, so dass seine militärische Sicherheit, sein internationaler Handel und seine politischen Außenbeziehungen faktisch unter israelischer Kontrolle verbleiben. So gesehen handelt es sich eher um ein Protektoratsgebilde oder eine Bantustanstruktur als um einen lebensfähigen souveränen Staat. Wenig überraschend wurde der „Deal des Jahrhunderts“ (Trump) von Palästinenserpräsident Abbas als „Unsinn des Jahrhunderts“ zurückgewiesen.

Andererseits: Der Trumpsche Friedensplan spiegelt exakt die heutigen Herrschafts- und Nutzungsverhältnisse in den seit 1967 besetzten Gebieten, die einmal den Palästinenserstaat bilden sollten, wider. Netanjahu nutzte umgehend das Momentum, um ab dem 1. Juli 2020 die Annexion derjenigen Gebiete in Gang zu setzen, die nach dem US-Vorschlag nun bei Israel verbleiben sollen. In welchen Schritten das passieren soll, ist noch unklar.

¹ Timm, Angelika (2020): Trumps „Jahrhundertplan“ auf dem Prüfstand, WeltTrends, März 2020, S. 70-71.

Aufschlussreich sind die vergleichsweise milden Reaktionen in der arabischen Welt: Die Arabische Liga lehnte den Friedensplan als „unfair“ ab und rief die Mitgliedstaaten auf, in dieser Sache nicht mit den USA zu kooperieren. Formal hält die Arabische Liga noch immer an ihrem Friedensplan aus dem Jahr 2002 fest, der einen israelischen Rückzug aus den 1967 besetzten Gebieten, einen unabhängigen palästinensischen Staat mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt und die Lösung der Flüchtlingsfrage in Übereinstimmung mit Resolution 194 der UN-Generalversammlung beinhaltet. Faktisch aber hat die arabische Welt andere Sorgen, welche das palästinensische Dilemma von der Spitze der Agenda verdrängen, die Zuspitzung zwischenstaatlicher Rivalitäten um regionale Dominanz, gegensätzliche Positionierungen gegenüber den Machtambitionen der Türkei und des Iran, Stellvertreterkriege in Syrien, Libyen und Jemen. Und nicht zuletzt der wachsende gesellschaftspolitische Druck des militanten Islamismus von unten, für dessen Unterdrückung ein gutes Verhältnis zu den USA und Israel durchaus hilfreich erscheint. Nur Jordanien wendet sich strikt gegen den Friedensplan, da ein weiterer Zustrom palästinensischer Flüchtlinge befürchtet wird, der Gesellschaft und Staat erneut destabilisieren würde.

Der „Volkszorn“ in den arabischen Staaten und selbst in den Palästinensergebieten hielt sich unterdessen in Grenzen. Nicht verschwiegen werden sollen einzelne Terrorakte und israelische Vergeltungsmaßnahmen. Aber keine Spur von einer neuen Intifada. Eher ein Gefühl von unabwendbarer Niederlage und Hoffnungslosigkeit.

Auch Russland hält sich eher zurück. Vorbei die Zeiten, als die Sowjetunion im Kalten Krieg die palästinensische Sache als Waffe gegen die USA und Instrument zur strategischen Annäherung an die arabischen Nachbarstaaten nutzte. Heute vermeidet Russland alles, was zur Stärkung des militanten Islamismus im eigenen Süden und in den postsowjetischen Nachbarstaaten beitragen könnte.

Anfang Juni 2020 reiste Außenminister Maas nach Israel, um sich „über die Pläne der neuen israelischen Regierung zu informieren.“ Premierminister Netanjahu erklärte klipp und klar, dass jeder realistische Plan die realen Gegebenheiten israelischer Besiedlung anerkennen müsse. Maas wiederum meinte, dass eine Annexion nicht mit internationalem Recht vereinbar sei. Allerdings werde er nicht mit Drohungen Politik betreiben. Man warte, was passiere, dann werde man

entscheiden, was zu tun sei. Dabei ist, wie ein kritischer Kommentar vermerkt, „die Annexion nicht mehr eine Frage des Ob, sondern des Wann und Wie. Die deutsche Regierung müsste längst vorbereitet sein. Deutschland ist durch den EU-Vorsitz in einer entscheidenden Rolle.“² Demgegenüber war aus der israelischen Regierung bereits zu vernehmen, dass Deutschland eine Annexion weder sanktionieren noch anerkennen werde.

Wirklich, es ist höchste Zeit, sich von der Lebenslüge der Zweistaatenlösung zu verabschieden, die angesichts der Realitäten von Tag zu Tag grotesker wird. Man kann das zerschlagene Ei nicht wieder zusammenfügen. Die einzig vernünftige Lösung besteht darin, allen Menschen im israelischen Staats- bzw. Herrschaftsgebiet die gleichen bürgerlichen Rechte zu gewähren und die gleichberechtigte Teilhabe am wirtschaftlichen wie politischen Leben zu garantieren. Ein Staat mit gemischter jüdisch-arabischer Bevölkerung, die gleichberechtigt in Frieden miteinander lebt, würde zudem auch jenen Scharfmachern im Nahen und Mittleren Osten, die auf eine Zerstörung des „Judenstaates“ zielen, jegliche Legitimation entziehen.

Leider stehen die Chancen, dass sich die Vernunft durchsetzt, bis auf Weiteres gar nicht gut. Denn die Ein-Staaten-Lösung setzt eine hohe Hürde. Angesicht der demografischen Entwicklung³ hat Israel in diesem Falle, wie der vormalige Außenminister John Kerry gegen Ende seiner Amtszeit in einer zornigen Rede am 28. Dezember 2016 feststellte, nur die Wahl, entweder jüdisch oder demokratisch zu sein, aber nicht beides zugleich.⁴ Ein Verzicht auf die jüdische Identität des Staates ist jedoch heute in der israelischen Gesellschaft kaum vorstellbar, zumal Anteil und Einfluss der Orthodoxen kontinuierlich wachsen. Daher verfolgt die Regierung Netanjahu auch den Kurs, die palästinensischen Siedlungsflecken vorerst formal außerhalb des Staatsgebiets zu halten. Alles Weitere wird man sehen ...

Auf palästinensischer Seite haben sich die Autonomiebehörde und ihre Anhänger behaglich in ihrem subventionierten Zustand eingerichtet. Korruption und Nepotismus blühen. Hamas und andere radikale

2 Föderl-Schmid, Alexandra (2020): Deutschland darf sich bei einer Annexion des Westjordanlands nicht mehr wegduckeln, Süddeutsche Zeitung, 11. Juni 2020.

3 Die Zahl der jüdischen und der arabisch-palästinensischen Einwohner in Israel und in den von Israel kontrollierten Gebieten war im Jahr 2018 mit jeweils etwa 6,7 bzw. 6,5 Millionen gleich groß, wobei das Bevölkerungswachstum zugunsten der arabisch-palästinensischen Seite ausschlägt.

4 The Times of Israel (2020): Full text of John Kerry's speech on Middle East peace, December 28, 2016.

Organisationen setzen ihre menschenverachtenden Terrorakte fort, die wiederum opferreiche israelische Vergeltungsaktionen bewirken und den gegenseitigen Hass weiter anstacheln. Zwar wird jeder, der sich im Lande umhört, viele Juden und Araber treffen, die des ewigen Konflikts unendlich leid sind und einfach nur in Frieden und Gleichberechtigung ihr Leben gestalten wollen. Auch die politischen Akteure reden vom Frieden, handeln aber oft nicht wirklich friedensfreundlich. 🌐

Dr. habil Wolfram Wallraf

geb. 1952, Politikwissenschaftler mit den Forschungsschwerpunkten Japan und Ostasien, internationale Sicherheit und regionale Integration. Lehrtätigkeiten an den Universitäten Potsdam, Berlin (HUB), Salzburg und Nagoya
wallraf@wallraf-und-partner.de



ANZEIGE



WeltTrends 152 Juni 2019

US-Außenpolitik unter Trump

Es scheint, dass US-Präsident Trump besonders die „Atlantiker“ hierzulande in den Wahnsinn treibt, indem er in seiner Unberechenbarkeit nicht nur Gegner, sondern vor allem die Freunde verwirrt und auch sie das Fürchten lehrt. Geht die „Strategie des Verrückten“ auf? Was ist das Konzept hinter dieser „Unberechenbarkeit“? Welches Kalkül steckt dahinter? Wie so oft in der Geschichte wird beim Abstieg eines Hegemons die internationale Lage nicht einfacher. Trotz oder gerade wegen vermeintlicher (Irr-)Rationalitäten. Damit steigt die Verantwortung von Außenpolitik, auch der deutschen.

WeltTrends, Potsdam 2019 | ISBN 978-3-947802-06-7 | 4,80 Euro